

bei insbesondere auch über neue Formen der differenzierten Integration nachgedacht werden muss, um allen Anforderungen und den divergierenden Interessen gerecht werden zu können. Die Versammlung könnte nach der Europawahl und der Wahl der neuen Europäischen Kommission Anfang 2015 ihre Arbeit aufnehmen.

Zugegeben, ein neuer Konvent wird ein schwieriges Unterfangen. Es wäre jedoch nicht zu verantworten, aus Furcht vor den Schwierigkeiten in Untätigkeit zu verharren und damit der latenten Handlungsunfähigkeit und der Umgehung parlamentarischer Kontrollrechte in der Europapolitik Vorschub zu leisten.



Jo Leinen

MdEP, war bis 1994 Umweltminister im Saarland und ist jetzt u.a. Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen im Europäischen Parlament.

jo.leinen@europarl.europa.eu

Richard Meng

Verdammt, es gibt sie!

Europas Öffentlichkeit entwickelt sich längst über die national tickenden Medien hinaus

Ohne Öffentlichkeit keine Demokratie? Das stimmt. Aber man kann sich durchaus streiten, wer eigentlich fortgeschrittener ist in Europa, die kontinentale Demokratie oder die kontinentale Öffentlichkeit. Europas Bürgerkommunikation ist längst nicht mehr alleine an den national tickenden Massenmedien zu messen. Es wird Zeit, dass die Politik sich von ihnen nicht mehr in nationale Wahrnehmungsweisen hineintreiben lässt. In der traditionellen Medienwelt von Zeitungen und Fernsehen wird Europa zumeist nur eingebaut in die gerade aktuellen nationalen Aufregungsspiralen. Dort, wo Brüsseler Nachrichten in eine nationale Politikerzählung passen – über die Schwierigkeiten beim Klimaschutz etwa oder über die Einkommensschere zwischen Arm und Reich – wird das als Bestätigung und Verfestigung der Meinungslage prominent berichtet. Und wenn Brüssel wieder einmal Hemmschuh zu sein scheint für etwas, das national gerade populär ist, passt das auch immer gut.

Die EU hilft dann immer mal, das eigene Weltbild abzurunden.

Natürlich ist das dann aber nicht die EU, sondern in der Regel nur das nationale Bild von ihr. Die »deutsche Perspektive«, oder die französische. Oder, da versteht man das Argument besonders gut: die griechische, die spanische. Denn europäische Öffentlichkeit insgesamt bleibt die Summe von Einzelöffentlichkeiten, wenn man Öffentlichkeit von den großen Verkaufsmedien her denkt. Oder von einer Institutionenpolitik her, die ihre demokratische Legitimation nach wie vor auf nationaler Ebene definiert, und sei es durch das nationale Ergebnis bei Europawahlen.

Aber ist das noch die ganze Wirklichkeit? Längst gibt es deutliche Zeichen dafür, dass auch die nationalen Meinungsströme nicht mehr unabhängig davon entstehen, was in anderen europäischen Ländern gedacht wird. Mag in Europa Meinungsbildung immer noch national daher kommen, so ist sie letztlich doch stark be-

einflusst von kulturellen und auch inhaltlichen Interaktionen über die Grenzen hinweg. Von Begegnungen zwischen Menschen und von Kommunikation im Internet, die schon via Suchmaschine sehr viel internationaler funktioniert als bis heute die Redaktionskonferenzen bei Zeitungen oder Fernsehsendern.

Längst entstehen in Europa politische Gefühlswelten und Grundhaltungen, ohne dass es dazu länderübergreifend theoretische Diskurse geben muss; so wie man sich früher unter Intellektuellen einmal öffentliche Meinungsbildung vorstellte. Die Bilder aus Lampedusa zum Beispiel lösen überall etwas aus. Nicht bei allen das Gleiche, gewiss. Aber genau das macht Öffentlichkeit aus, unabhängig von der nationalen journalistischen oder politischen Kommentierung: dass ein Thema bei den Menschen ankommt und dann der Meinungsstreit beginnt. Egal in welcher Sprache.

Wir erleben es auch bei der Euro-Krise und NSA-Affäre: Es entstehen immer wieder Haltungen, mit denen sich sogar Europas minimaler öffentlicher Grundkonsens noch deutlich unterscheidet von dem, was in vergleichbar großen Gesellschaften bzw. Gesellschaftsclustern gedacht und gefühlt wird. In den USA beispielsweise, in Lateinamerika oder in der arabischen Welt. Aber wenn das so ist: Sind wir dann mit Europas Öffentlichkeit nicht vielleicht längst schon viel weiter, als wir uns skeptisch zugeben?

Was bleiben wird, sind die Sprachbarrieren. Weil Kommunikation aber Sprache braucht, wird öffentliche Diskussion in Europa auf Dauer unvermeidbar vorwiegend in den nationalen Arenen stattfinden. Das macht einen grundsätzlichen Unterschied zu dem, was klassische Öffentlichkeit idealiter war. Sie war Forum für den Austausch von Argumenten aller gleichermaßen. Indes, wie abgehoben ist eigentlich dieses Ideal, wenn es um die schrittweise Überwindung nationaler Wahrnehmung geht?

Die Vorstellung einer europäischen *Tagesschau*, die gleichzeitig simultan in

anderthalb Dutzend Sprachen übersetzt wird, bleibt genauso absurd und unrealistisch wie eine Entwicklung, nach der die Menschen irgendwann länderübergreifend abends auf englischsprachige Primärinformationen über die europäische Politik warten. Das alles wird so nicht kommen. Aber es muss auch nicht kommen.

Denn es grenzt an Phantomschmerz, die Defizite an Bürgernähe in der europäischen Demokratie ursächlich auf die Abwesenheit einer einheitlichen europäischen Öffentlichkeit zurückzuführen. Man kann sich dem Thema auch umgekehrt nähern. Was zwar fehlt und weiter fehlen wird, ist der intellektuelle Diskurs auf gesamteuropäischer Bühne, die gemeinsame Beratung über Grundsatzfragen in einer großen allgemeinen Öffentlichkeit. Was aber längst existiert, ist ein eingeübter Mechanismus aktueller Auseinandersetzung. Auch wenn der sich, national ist es nicht anders, nahezu ausschließlich gegen Dinge richtet, die aktuell geplant oder getan werden.

Eigentlich müsste der liebgewordene Phantomschmerz schon dadurch erträglicher werden, dass es die klassische allgemeine Öffentlichkeit auch national immer weniger gibt. Der Forumscharakter von Tageszeitungen und Fernsehen schwindet. Teilwelten suchen ihren eigenen, sehr milieu- und interessenbezogenen Austausch. Was ist es anderes, wenn sich auf europäischer Ebene gut organisierte Teilgesellschaften zu Wort melden? Gewerkschaften, Umweltverbände, Internet-Lobbyisten aller Art wissen längst wie das geht. Die Online-Petition tritt an die Stelle der Großdemonstration, was für die Initiatoren wesentlich einfacher ist und medial mindestens gleich viel bringt.

Interessant ist dabei, auch aus demokratietheoretischer Perspektive: Adressat von Protesten dieser Art ist meist nicht der anonyme EU-Apparat. Schon gar nicht richtet sich der Protest direkt und zuhause im eigenen Land gegen einzelne nationale Regierungen, auch wenn sie de facto die

großen Vetospieler Europas sind. Adressat ist die sonst gerne belächelte Volksvertretung, das Europaparlament (EP). Weil es existiert. Weil es gewählt wird. Weil damit Legitimationsfragen aufgebaut werden können, ohne die Protest medial nie sexy werden kann. Auch: Weil das Kalkül natürlich aufgeht. Weil sich im EP immer Resonanz finden lässt. Vieles spricht dafür, dies nicht als Problem zu sehen, sondern als Chance für ein Parlament, das in der Tat Legitimation für Europa herstellt, indem es sich als Adressat von Kritik an Europa ernst nimmt und nicht immer nur die eigene institutionelle Schwäche betrauert.

Nun lässt sich gerade am Beispiel des Europaparlaments deutlich erkennen, warum auch europaweite Teilöffentlichkeiten nie das sind, was wir von der nationalen Ebene her früher einmal gewohnt waren. National sind Parlamente, Foren politisch-kultureller Auseinandersetzung. Aber über all die europäischen Sprachgrenzen hinweg funktionieren weder Ironie noch Polemik, das macht sachlich – und trocken. Über die Ländergrenzen hinweg lassen sich Politikerkarrieren schwer erschüttern, das macht wiederum Personalisierung schwer.

Die Angst, nicht wieder aufgestellt zu werden, gibt es bei EU-Parlamentariern zwar auch. Aber Entsende- und Diskursebene fallen auseinander. Das bedeutet: Die europäische Öffentlichkeit wird ihrem Wesen nach anders bleiben als die nationale. Weniger allgemein und massenmediengerecht, mehr themenspezifisch und interessenbezogen. Doch sie existiert und ihre Bedeutung für die einzelnen Entscheidungsprozesse wächst, nicht zuletzt durch die Direktheit der digitalen Kommunikation.

Das Problem beginnt da, wo aus den vielen Einzelimpulsen eine europäische Gesamterzählung werden müsste. Immer wieder ist zu erleben, wie die Staats- und Regierungschefs nach EU-Gipfeln den jeweiligen nationalen Medienleuten problemlos parallel einflüstern, dass selbstredend die eigene nationale Linie heldenhaft

durchgesetzt wurde. So entstehen jedes Mal 28 Gesamterzählungen. Diametral unterschiedliche zumeist, aber das fällt national kaum auf. Dies ist ein Kern des Problems. Insofern ist es dann letztlich auch eine Frage des Demokratiebegriffs, wie man europäische Öffentlichkeit nutzt und wie man sie bewertet. In Wahrheit ist der Handlungsspielraum der EU-Institutionen gerade wegen dieser nationalen Hegemonie über die Gesamterzählung derart beschränkt. Aber die Stärke der EZB bei der Euro-Verteidigung ist genauso ein Beispiel für realen europäischen Machtzuwachs wie das Urteil des politiksüchtigen deutschen Verfassungsgerichts, das sich plötzlich nicht mehr traute, seine Ablehnung von Euro-Bonds wie gewohnt zu dekretieren. Sondern den Fall auf die europäische Ebene verwies, wo er hingehört.

Europäische Kommunikationskultur gibt es heute schon viel mehr, als den meisten Europäern bewusst wird. Es geht dabei auch um indirekte Faktoren wie Bildsprache und Tonfärbung: Film und Musik werden als Identitätsstifter von jeher weit unterschätzt. Und es geht um Lebens- und Freiheitsgefühle, die von Generation zu Generation europaweit ähnlicher werden. Die dabei zugleich aber hochgradig individualistisch geworden sind, bis hin ins Egoistische. Die Unterscheidbarkeit wollen, Vielfalt in all der neuen kulturellen Nähe.

Es geht in diesem neuen öffentlichen Europa eher weniger um EU-institutionelle Machtfragen. Die Kompetenzen zum Beispiel der/des Hohen Beauftragten für die Außenpolitik sind zwar wichtig, aber nicht allgemein diskursfähig. Die des Bundesbeauftragten für Datenschutz sind es aber auch nicht. Die genaue Zusammensetzung der EU-Kommission ist es so wenig wie die des Bundesverfassungsgerichts. Aber alles aus dieser Institutionenwelt, was sich in die gemeinsame europäische Erzählung einbetten lässt, hilft weiter.

Die europaweiten Spitzenkandidaten bei der Parlamentswahl verändern die

Wahrnehmung, weil sie erstmals der Medienwelt Gesichter bieten. Nicht-nationale Gesichter, das ist die eigentliche Botschaft. Institutionell ist das ein winziger Schritt, kommunikativ ein Quantensprung. Die israelische Rechte hat die Bedeutung verstanden, wie ihre Empörungsszenierung nach der Rede des Parlamentspräsidenten Martin Schulz in der Knesset zeigte.

Eine europäische Erzählung, die Bindung schafft: Nur sie kann das öffentliche

Bollwerk stärken gegen den Angriff der Rechtspopulisten und Nationalisten, der rund um die Europawahl bevorsteht. Und, soviel politische Substanz sollte zur Kommunikationsoffensive der Demokraten dazugehören: Gegenüber dem wohlmeinend überregulierenden Brüsseler Apparat muss das Europäische Parlament noch viel mehr zum Sachwalter europäischer Vielfalt werden. Eine Kommunikationsfrage? Nicht nur. Aber auch.



Richard Meng

ist Sprecher des Senats von Berlin und Beiratsmitglied der NG/FH.

sprecher@senatskanzlei.berlin.de

Jürgen Mittag

»This time it's different«?

Neue Perspektiven für europäische Parteien

Obwohl die transnationale Zusammenarbeit von Parteien eine bis ins 19. Jahrhundert zurückreichende Tradition besitzt, europäische Parteiorganisationen seit den 70er Jahren rege Aktivitäten entfalten und sie sich mittlerweile als »politische Parteien auf europäischer Ebene« auch auf ein formales Anerkennungs- und Finanzierungsverfahren stützen, sind Abkürzungen wie EVP (Europäische Volkspartei) oder SPE (Sozialdemokratische Partei Europas) bis heute nur wenigen Bürgern bekannt. Kürzel wie ALDE (Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa) oder EFA (Europäische Freie Allianz) können vielfach sogar nur von EU-Experten aufgeschlüsselt werden. Dass sich hinter diesen Bezeichnungen politische Parteien auf europäischer Ebene verbergen, die mit ihren korrespondierenden Parlamentsfraktionen ein wesentliches Element der

politischen Willensbildung der EU darstellen, wird vor allem im Vorfeld von Europawahlen in den Medien erörtert, ist bislang aber nur begrenzt ins Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit vorgedrungen.

Zurückzuführen ist dies darauf, dass sich die politischen Parteien auf europäischer Ebene, sowohl funktional als auch strukturell von nationalen Parteien in den EU-Mitgliedsstaaten unterscheiden. Weder sind in den europäischen Parteien vorwiegend Individuen zusammengeschlossen noch besteht ihr vordringliches Ziel in der Übernahme politischer Macht. Die europäischen Parteien stellen vielmehr einen Verbund nationaler Parteien dar, der primär das Ziel einer Koordination dieser nationalen Parteien im Lichte ihrer gemeinsamen politischen Grundausrichtung verfolgt. Europäische Parteien stellen damit in erster Linie Dachorganisationen dar,